



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw AfD**
vom 27.04.2026

Razzia gegen Passmissbrauch und Schleuser in Leipzig – Auswirkungen auf den Freistaat Bayern und notwendige Maßnahmen der Staatsregierung

In der Berichterstattung des Mitteldeutschen Rundfunks (mdr) vom 21. April 2026 wird von einer umfangreichen Polizeiaktion berichtet. Rund 1 000 Beamte durchsuchten Wohnungen und Geschäfte in Leipzig und dem Umland. Die Aktion richtete sich gegen etwa 50 syrische Staatsbürger. Ihnen lastet man den Missbrauch von Ausweispapieren sowie das Einschleusen weiterer Ausländer an. Offenbar schickten die Beteiligten ihre eigenen Pässe in ihre Heimat zurück. Dort nutzten ähnlich aussehende Personen diese Dokumente, um unter falscher Identität nach Deutschland zu gelangen. Solche Vorgänge werfen entsprechende Fragen zur Lage im Freistaat auf.

Die Staatsregierung wird gefragt:

- | | | |
|-----|--|---|
| 1.1 | Inwieweit ist der Staatsregierung der genaue Sachverhalt der Razzia vom 21. April 2026 in Sachsen bekannt? | 3 |
| 1.2 | Welche Informationen liegen der Staatsregierung über mögliche Verbindungen dieses Schleusernetzwerkes in den Freistaat Bayern vor? | 3 |
| 1.3 | Wurden bayerische Polizeibehörden oder andere Stellen des Freistaates in die Ermittlungen der Bundespolizei einbezogen? | 3 |
| 2.1 | Wie viele der in Leipzig betroffenen syrischen Staatsbürger leben gegenwärtig im Freistaat Bayern? | 3 |
| 2.2 | Welchen Aufenthaltsstatus haben diese Personen? | 3 |
| 2.3 | Welche Prüfungsmechanismen werden eingesetzt, um Betroffene in Bayern zu identifizieren? | 3 |
| 3.1 | Wie viele syrische Staatsbürger in Bayern weisen eine ungeklärte Identität auf? | 3 |
| 3.2 | Welche Verfahren wendet die Staatsregierung an, um die Echtheit von Ausweisdokumenten syrischer Staatsbürger systematisch zu überprüfen? | 4 |
| 3.3 | In welchem Umfang erfolgt eine Zusammenarbeit mit syrischen Behörden oder internationalen Stellen bei der Identitätsklärung? | 4 |

4.1	Welche konkreten Maßnahmen wird die Staatsregierung als unmittelbare Reaktion auf die Razzia in Leipzig ergreifen, um ähnliche Formen des Passmissbrauchs und der Schleusung in Bayern zu unterbinden?	4
4.2	Welche zusätzlichen Schritte plant die Staatsregierung zur Stärkung der Identitätsprüfung bei syrischen Staatsbürgern?	4
4.3	Wie bewertet die Staatsregierung die Auswirkungen solcher kriminellen Schleusermethoden auf die innere Sicherheit im Freistaat Bayern?	4
	Hinweise des Landtagsamts	5

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration
vom 28.05.2026

- 1.1 Inwieweit ist der Staatsregierung der genaue Sachverhalt der Razzia vom 21. April 2026 in Sachsen bekannt?**
- 1.2 Welche Informationen liegen der Staatsregierung über mögliche Verbindungen dieses Schleusernetzwerkes in den Freistaat Bayern vor?**
- 1.3 Wurden bayerische Polizeibehörden oder andere Stellen des Freistaates in die Ermittlungen der Bundespolizei einbezogen?**

Die Fragen 1.1 bis 1.3 werden wegen ihres inhaltlichen Zusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Über die Presseberichterstattung hinaus liegen der Staatsregierung keine Informationen zu dem erwähnten Einsatz der Bundespolizei in Leipzig vor. Dienststellen der Bayerischen Polizei waren an den Durchsuchungsmaßnahmen bzw. Ermittlungen nicht beteiligt.

- 2.1 Wie viele der in Leipzig betroffenen syrischen Staatsbürger leben gegenwärtig im Freistaat Bayern?**
- 2.2 Welchen Aufenthaltsstatus haben diese Personen?**
- 2.3 Welche Prüfungsmechanismen werden eingesetzt, um Betroffene in Bayern zu identifizieren?**

Die Fragen 2.1 bis 2.3 werden aufgrund des Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Da den bayerischen Behörden keine Informationen zu dem Einsatz der Bundespolizei vorliegen, liegen zu den vorgenannten Fragen keine Erkenntnisse vor.

- 3.1 Wie viele syrische Staatsbürger in Bayern weisen eine ungeklärte Identität auf?**

Hierzu werden in Bayern keine statistischen Daten erfasst und können auch unter Berücksichtigung der Bedeutung des sich aus Art. 13 Abs. 2, Art. 16a Abs. 1 und 2 Satz 1 Bayerische Verfassung (BV) ergebenden parlamentarischen Fragerechts nur mit einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand erhoben werden.

3.2 Welche Verfahren wendet die Staatsregierung an, um die Echtheit von Ausweisdokumenten syrischer Staatsbürger systematisch zu überprüfen?

Neben der visuellen Kontrolle werden die Ausweisedokumente einer Prüfung durch elektronische Dokumentenprüfgeräte unterzogen. Bei Fälschungsverdacht wird das Ausweisdokument Dokumentenmultiplikatoren der Bayerischen Polizei und ggf. dem Landeskriminalamt zur genaueren Untersuchung vorgelegt. Wird dabei festgestellt, dass das vorgelegte Dokument ge- oder verfälscht ist, wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

3.3 In welchem Umfang erfolgt eine Zusammenarbeit mit syrischen Behörden oder internationalen Stellen bei der Identitätsklärung?

Auf die Antwort der Staatsregierung vom 30.12.2025 auf die Frage 5 der Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold und Martin Böhm (AfD) vom 18. November 2025 (Drs. 19/9451 vom 2. Februar 2026) wird verwiesen.

4.1 Welche konkreten Maßnahmen wird die Staatsregierung als unmittelbare Reaktion auf die Razzia in Leipzig ergreifen, um ähnliche Formen des Passmissbrauchs und der Schleusung in Bayern zu unterbinden?

4.2 Welche zusätzlichen Schritte plant die Staatsregierung zur Stärkung der Identitätsprüfung bei syrischen Staatsbürgern?

4.3 Wie bewertet die Staatsregierung die Auswirkungen solcher kriminellen Schleusermethoden auf die innere Sicherheit im Freistaat Bayern?

Die Fragen 4.1 bis 4.3 werden gemeinsam beantwortet.

Grenzüberschreitende Kriminalität und Verstöße gegen ausländerrechtliche Vorschriften können die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen, sie werden daher von der Bayerischen Polizei mit Nachdruck bekämpft. Eine effektive Bekämpfung erfordert unter anderem die genaue Beobachtung der Lageentwicklung und eine entsprechende Reaktion auf neue Erscheinungsformen in diesem Phänomenbereich. Bewährte Instrumente sind aus polizeilicher Sicht lageangepasste Personenkontrollen, insb. im Grenzbereich, und der Einsatz von biometrischen Verfahren zur Identitätsfeststellung.

Die Erkenntnisse, die der Staatsregierung zu dem Einsatz in Leipzig vorliegen, bieten bislang keinen Anlass für spezifische polizeiliche oder ausländerrechtliche Maßnahmen in Bayern.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.